

Begründung:

Die CDU-Fraktion, die F.D.P.-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben den in der Anlage aufgeführten gemeinsamen Antrag gestellt.

Der Rat hat auf seiner Sitzung am 01.03.2001 beschlossen, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Stadtpolitik mit Kindern und Jugendlichen gestalten" vom 30.01.2001 zur weiteren Beratung und Bearbeitung an die Fraktionen und die Verwaltung überwiesen wird und dem neuen Jugendhilfeausschuss bzw. dem Rat unmittelbar nach der Neukonstituierung entsprechende Vorschläge vorgelegt werden.

Der vorliegende Antrag ist Ergebnis der Beratungen in den Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. In ihm werden auch zeitlich fixierte erste Maßnahmen vorgeschlagen, die für die Entwicklung einer dauerhaften Beteiligungskultur von Kindern und Jugendlichen in Emden von Bedeutung sind. Insoweit wird auch auf die Begründung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verwiesen.

In den Beratungen zu Anfang des Jahres wurde von der damaligen SPD-Mehrheit angekündigt, dass eine erste Kinder- und Jugendkonferenz noch im Oktober dieses Jahres durchgeführt werden soll. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Deswegen zielt der Antrag die Einhaltung eines vorgegebenen Rahmens.

Regelmäßige Berichterstattung ist Bestandteil des Neuen Steuerungsmodells ebenso wie die Kontrolle und Steuerung entlang von Leitlinien und Zielen. Aus diesem Grund ist ein Kinder- und Jugendbericht sowie die Entwicklung eines Leitfadens geboten, um eine transparente, nachvollziehbare und verbindliche Kinder- und Jugendpolitik zu gestalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Beschluss des Rates vom 01.03.2001 ist die Verwaltung beauftragt worden, Beteiligungsmodelle unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten. Diese Aufgabe ist dem Fachdienst Jugendförderung übertragen worden. Zuständig ist Herr Holger Meister mit einer halben Stelle.

Folgende Aktivitäten sind inzwischen durchgeführt worden:

Eine Interessengruppe bestehend aus Jugendlichen, Verwaltungsmitarbeitern und Politikern hat an einer Beteiligungsmesse in Osnabrück teilgenommen.

Jugendliche und Mitglieder des Stadtteilbeirates haben eine Fortbildungsveranstaltung zu Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt" beim Deutschen Verein für Fürsorgewesen in Frankfurt besucht.

Der Fachdienst hat eine Teilnehmerin in eine Moderatorenausbildung für Beteiligungsverfahren beim Landesjugendamt entsandt.

Außerdem wurden praktische Erfahrungen gesammelt bei folgenden Beteiligungsprojekten: Spielplatz Körmeisterweg (Anlieger), Spielplatz Wybelsum/G 8 (Anlieger), Spielplatz Lise-Meitner-Str. (Anlieger), Spielplatz Baugebiet Wykhoffweg (Kinder), Spielplatz Unner de Boomen (Anlieger und Kinder), Spielplatz Max-Born-Str. (Kinder), Schulhof Osterburg (Kinder, Eltern und Lehrer), Schulhof Fruchteburg (Kinder, Eltern und Lehrer), Jugendtreff Harsweg (Jugendliche und IBürgerverein), Jugendtreff Petkum (Jugendliche und Bürgerver-

ein), Jugendtreff Wybelsum (Jugendliche), Mädchenprojekt Barenburg, verschiedene Projekte im Rahmen Soziale Stadt Barenburg

Es hat sich als sinnvoll erwiesen, bei Projekten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch andere gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen, um Spannungen zu vermeiden.

Der Fachdienst Jugendförderung wird weitergehende Strukturen, in denen Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen eingebettet werden, gemeinsam mit jungen Menschen entwickeln und im Jugendhilfeausschuss zur Diskussion stellen.

Aus diesem Ansatz heraus werden die Beschlussempfehlungen von der Verwaltung begrüßt.

a) Kinder- und Jugendkonferenz

Es wird vorgeschlagen, die verschiedensten jungen Menschen und Gruppen an der Planung und Durchführung einer Kinder- und Jugendkonferenz zu beteiligen. Der Termin ist ebenfalls mit den Beteiligten abzustimmen, er ist jedoch eher bis zum Ende des 1. Halbjahres 2002 zu verwirklichen.

Eine Kinder- und Jugendkonferenz sollte erst dann durchgeführt werden, wenn sich eine Basis für Beteiligungskultur entwickelt hat.

Der Beschlussvorschlag ist dahingehend abzuändern, dass die Kinder- und Jugendkonferenz im ersten Halbjahr 2002 durchgeführt wird.

b) Besuchsprogramm

Das Angebot der Fraktionen, mit einem Besuchsprogramm Kinder und Jugendliche über Kommunalpolitik zu informieren, wird von der Verwaltung unterstützt. Hierbei kann es sich jedoch nur um eine Eigenverpflichtung der Parteien handeln, die von der Verwaltung inhaltlich und organisatorisch begleitet wird.

c) Bericht über die Situation von Kindern und Jugendlichen

Auf Wunsch des Rates wird Ende des Jahres 2002 ein Bericht über die Situation von Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Als Vorbereitung dazu wird die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss eine Gliederung vorstellen, um so die Fraktionen frühzeitig in zu setzenden Schwerpunkte einzubeziehen.

d) Leitfaden

Die Entwicklung eines Leitfadens für ein kinderfreundliches Emden kann mittelfristig im Rahmen eines zusätzlichen Projektes mit eigenständigem Personal- und Sachmitteleinsatz realisiert werden.

Es wird vorgeschlagen, die Vorlage zur Beratung an den Fachausschuss zu verweisen.